



AZ Aarau, 30.09.2022

Nachgefragt bei Regierungsrat Dieter Egli

«Es braucht zur Energiemangellage einheitliche Vorgaben des Bundes»

Interview: Jocelyn Daloz

Welche Firmen sollen von allfälligen Netzabschaltungen verschont werden? Welche Entschädigungen soll es bei Strom-Kontingentierungen geben? Für Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli bleiben viele Fragen offen, die nur der Bund beantworten kann.

Welche Firmen sind aus Ihrer Sicht im Aargau systemrelevant?

Dieter Egli: Diese Frage können wir nicht abschliessend beantworten. Der Bund muss die Evaluation zunächst abschliessen und festlegen: Wer braucht wie viel Strom? Welche Dienstleistungen sind systemkritisch? Das ist eine Frage der Einschätzung, nicht zuletzt ist diese auch politisch. Wir stehen deshalb auch in engem Austausch mit den Wirtschaftsverbänden.

Welche Entscheidung wünschen Sie sich vom Bund? Sollen Kantone einen Handlungsspielraum haben oder einheitliche Regeln gelten?

Wir wünschen uns natürlich klare Vorgaben des Bundes, damit dies einheitlich in jedem Kanton umgesetzt werden kann. Das soll einerseits für die getroffenen Massnahmen, wie auch für die Bestimmung der systemkritischen Branchen gelten. Sonst haben wir einen Flickenteppich, der schwierig überschaubar ist und auch nicht unbedingt fair. Das wäre auch kompliziert für Unternehmen, die in mehreren Kantonen tätig oder ansässig sind.

Werden auch finanzielle Entschädigungen für Härtefälle in Erwägung gezogen?

Massnahmen zu treffen und allfällige Entschädigungen bei möglichen Ab-

schaltungen sind nicht einfach zu bestimmen. In der Covid-Krise war klar: Wer schliessen musste, wurde entschädigt. Hier ist es schwieriger, zeitliche und finanzielle Kriterien zu bestimmen. Es gibt Unternehmen, die freiwillig ihren Betrieb einschränken würden, sich aber fragen, ob sie von den Behörden dafür entschädigt werden. Das könnte über Kurzarbeitsentschädigungen laufen, diese sind momentan allerdings nicht für solche Fälle vorgesehen.

Gibt es schon Firmen, die wegen zu hoher Energiepreise Kurzarbeit verlangt haben?

Das ist mir so nicht bekannt. Das ist natürlich eine andere Situation, als freiwillige Betriebseinschränkungen. Der Strompreis ist nebst Lieferengpässen oder dem starken Franken oft auch nur ein Faktor, der Unternehmen belastet. Insofern ist es auch schwieriger abzugrenzen, weshalb Unternehmen auf Kurzarbeit zurückgreifen müssen.

Sie sprechen alle zwei Wochen mit Vertretern der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden. Wie erleben Sie diese Diskussionen?



Dieter Egli, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Bild: Alex Spichale

Ich erlebe die Wirtschaftsverbände als relativ unaufgeregt. Sie stellen sich darauf ein, dass etwas auf sie zukommen könnte und bereiten sich auf verschiedene Szenarien vor. Die Wirtschaft hat mittlerweile eine gewisse Übung darin. Was Verbände vor allem fordern, ist Klarheit: Sie wollen wissen, was gilt, falls eine Mangellage kommt.

Firmen bereiten zum Beispiel Notstromaggregate vor. Was unternimmt der Kanton? Wie weit sind die Bestrebungen fortgeschritten?

Die Unternehmen sind dran. Ich denke, dass es bei grossen Betrieben relativ klar ist, da sie oft auch schon Notpläne haben, die sie ursprünglich für andere Situationen erstellt haben. Komplizierter ist es für kleinere Firmen, die nicht unbedingt Notstromaggregate im Keller haben. Es stellt sich auch die Frage der Luftreinhalte-Verordnung oder des Lärmes, wenn alle Unternehmen ihre Geräte laufen lassen. Die Frage bleibt auch: Wann schalten wir sie ein?

Allgemein sind viele Fragen offen, die nur der Bund beantworten kann. Der lässt auf sich warten.

Werden Sie angesichts der wachsenden Unsicherheit ungeduldig?

Es steht und fällt mit der Einschätzung der Situation. Es sieht so aus, als würden die Strompreise am Markt etwas sinken und sich die Situation ganz leicht entspannen. Fest steht, dass wir uns eine einheitliche Regelung auf Bundesebene wünschen. Sollte es zu finanziellen Unterstützungen der Wirtschaft und Bevölkerung kommen, erwarten wir vom Bund, dass er die Kosten zu einem gewissen Teil mitfinanziert. Es ist für uns klar, dass die Kantone diese nicht selber tragen können.